

# Platz abbeck

Nr. 1, Januar/Februar 2007

**DIE LINKE.KÖLN**

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,  
www.die-linke-koeln.de

## Kienbaum: Gemeinheiten im Auftrag der etablierten Parteien

SPD, CDU, FDP und Grüne wollen sich beim Haushalt 2007 die Finger nicht schmutzig machen. SPD und Grüne möchten sich für den Köln-Pass als sozial feiern lassen, die CDU will mit „Kultur, Sauberkeit und Sicherheit“ glänzen. Also bestellen sie zur Begründung von Personalabbau einen „externen Gutachter“, der „neutral“ die Verwaltung analysiert und „sachliche“ Vorschläge macht.

Die Wirtschaftsprüfer-Firma Kienbaum ist keineswegs neutral. Sie vertritt die neoliberale Auffassung, dass öffentliche Dienstleistungen gekürzt werden müssen. Ihre Analysen sind meist nicht tiefgehend, sie empfiehlt allen Kommunen im Kern das Gleiche. In Köln ließ sie sich diese Arbeit mit 180.000 Euro bezahlen.

Einige der allzu provozierenden Vorschläge – wie die Streichung des freien Rosenmontags für die städtischen Beschäftigten – wurden von der Stadtspitze und den bürgerlichen Parteien nicht angenommen.

Die kleinen gemeinen Maßnahmen, die nicht für so viel Aufsehen sorgten, wurden übernommen. Durch die Verteuerung des Mittagessens in Kitas und OGTS in Höhe von 0,20 Euro werden sich noch mehr Eltern dieses Essen für ihre Kinder nicht mehr leisten können. Durch verstärkten Druck sollen die von der Kommune zu bezahlenden „Kosten der Unterkunft“ für ALG II-Empfänger gesenkt werden. Der Vorschlag, die Grünanlagen von 1-Euro-Zwangsarbeitern reinigen zu lassen, wurde angenommen, obwohl die Verwaltung anmerkte, dies würde eventuell nicht genehmigt werden, weil es nicht „zusätzlich“ sei. So wurden im Grünflächenamt in den letzten Jahren gerade diese Stellen gekürzt.

Die Ampelanlagen sollen privatisiert werden. Auf meine Nachfrage im Finanzausschuss, woran ein privater Betreiber

*weiter auf Seite 2*

## Der Haushalt der großen Koalition hat zwei Gesichter

Am 13. Februar wird der Rat mit großer Mehrheit den Haushalt 2007 mit einem Volumen von 4 Mrd. Euro verabschiedet. Dieser Haushalt hat zwar auch soziale Komponenten wie den Köln-Pass (4,1 Mio. Euro), den SPD, Grüne und Die Linke.Köln im Rat durchsetzten. Auf der anderen Seite werden aber durch die Kienbaum-Vorschläge soziale Verschlechterungen eingeführt, z.B. die Erhöhung der Preise für das Mittagessen in den Offenen Ganztagschulen. Gleichzeitig sind damit bis 2010 vor allem Personaleinsparungen von ca. 20 Mio. Euro eingeplant. Ob das umsetzbar ist, wird sich bei den Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten zeigen.

### Die Vorgeschichte von SPD+Grüne plus CDU+FDP

Bereits im Herbst letzten Jahres zeichnete sich ab, dass SPD+Grüne auf der einen Seite und CDU+FDP auf der anderen Seite gemeinsam den Kölner Stadthaushalt stemmen würden. Gegen die Stimmen der Linken stellte der Rat am 22. Juni 2006 180.000 Euro für die Durchführung einer Haushaltsstrukturanalyse zur Verfügung. Den Zuschlag bekam einige Wochen später das Unternehmen Kienbaum, das schon andere Kommunen auf den Kopf gestellt hat. Den zweiten Schachzug für den Haushalt einer großen Koalition machte OB Schramma, indem er seine Wunschliste von ca. 30 Mio. Euro einfach in den Haushaltsentwurf reinschrieb und Ende No-

vember in den Rat einbrachte. Gleichzeitig drohte der Kämmerer mit einem Nothaushalt, wenn Schrammas Vorschläge nicht übernommen würden.

### OB Schramma setzt sich durch

Die Wunschliste des Oberbürgermeisters blieb weitgehend ungeschoren. Ca. 7 Mio. Euro statt 10 Mio. Euro mehr für den Straßenbau und 4,8 Mio. Euro für die Kultur. Schramma ist zufrieden und konstatiert, er habe sich zu 90% durchgesetzt. Die FDP hat der CDU und Schramma schon immer die Stange gehalten. Schramma und die CDU sind glücklich, haben sie doch endlich

*weiter auf Seite 2*

## Bürgerhaushalt Mitreden – Mitentscheiden

mit **Christa Emmrich**,  
Bezirksbürgermeisterin Berlin-Lichtenberg

**Mittwoch, 7. März 2007, 18.30 Uhr**  
Rathaus, Spanischer Bau, Kardinal-Frings-Raum

Nach Erledigung der Pflichtaufgaben bleibt den Kommunen Geld zur mehr oder weniger freien Verfügung. Bürgerhaushalt – dass heißt, die Einwohner einer Stadt bestimmen selbst, wofür dieses Geld ausgegeben wird. In Berlin-Lichtenberg wird dieses fortschrittliche Experiment auf Bezirksebene umgesetzt. 2007 ist der Haushalt mit Bürgerbeteiligung erstmalig beschlossen worden, für den Haushalt 2008 läuft gerade die Abstimmungsphase. In Stadtteilversammlungen, im Internet und durch Umfragen, zu denen man

sich freiwillig melden konnte, debattieren die Bewohner in ihrem Bezirk über „ihren“ Haushalt. Sie setzen die Prioritäten für Ausgaben durch den Bezirk.

Die *Bürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, Christa Emmrich*, wird von den Erfahrungen mit dieser Form der Ausgabendemokratie berichten.

Für 2008 soll auch in Köln erstmals ein Bürgerhaushalt erstellt werden. In diesem Jahr laufen die Vorbereitungen an.

**DIE LINKE.KÖLN** Fraktion im Rat  
der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Jörg Detjen - Haus Neuerburg - Gülichplatz 1-3 - 50667 Köln [www.die-linke-koeln.de](http://www.die-linke-koeln.de)

## Kienbaum...

Fortsetzung von Seite 1

von Ampelanlange sparen könne, antwortete der Beigeordnete Streiberger eindeutig: „Bei den Gehältern.“

Bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs sollen ohne zusätzliches Personal 3 Millionen Euro jährlich mehr eingenommen werden. Das bedeutet für die Kolleginnen und Kollegen eine Steigerung des Arbeitsdrucks, der dazu führen wird, dass sie sich weniger auf die Bereiche konzentrieren, wo Sicherheit und Verkehrsfluss gefährdet sind, sondern auf die Straßen, wo man viele Strafzettel schreiben kann.

Ein Vorschlag von Kienbaum lässt allerdings aufhorchen. Die Stadt würde über viel zu große Büroflächen verfügen, dort könne man Millionen sparen. Die Verwaltung bestritt dies und griff Kienbaum an, sie hätten unseriös gerechnet. Tatsächlich gibt es einige städtische Immobilien, die riesige Leerstände haben. Zum Beispiel das Bezirksrathaus Nippes, überdimensioniert gebaut und teuer vermietet von – natürlich, einem Oppenheim-Esch-Immobilienfonds.

Claus Ludwig

## Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Bethlehem e.V.



Im letzten Platzjabbeck, Nr. 8, Dezember 2006, wurde dieser Verein erwähnt - als Mitorganisator und Teilnehmer der Delegationsreise nach Bethlehem und Tel Aviv.

**Zur Information:** Der „Bethlehemverein“ - wie ihn viele nennen - wurde am 16. September im Rathaus zu Köln gegründet. Er zählt inzwischen mehr als 150 Mitglieder, Frauen und Männer, Junge und Alte, PalästinenserInnen und Deutsche, die sich über Partei- und Religionsgrenzen hinweg für die Menschen in Bethlehem und den Friedensprozess im Nahen Osten engagieren. Sich Interessieren und Mitmachen ist erwünscht!

Spendenkonto des Vereins: Stadtparkasse Köln, BLZ: 37050198; Kto-Nr: 12722070

Jubiläums-Fotoband des Vereins: „Minsche wie mir“ (Kölner Fotografin Christel Plöthner)

Kontaktadresse: Heinz-Rudolf Hönings, Gassstraße 60, 42657 Solingen, Tel: 0212-2 47 48 61, e-mail: info@hoenings.net

## Der Haushalt ...

Fortsetzung von Seite 1

wieder ein Symbol: 750.000 Euro konnten sie im Kulturretat für das preußische Reiterdenkmal durchsetzen. Die Linke konstatierte im Finanzausschuss: „Im Stadthaushalt gibt es Wichtigeres als preußischen Traditionspflege. Eines steht aber fest: Für wenig Geld gibt es ab 2008 einen neuen Karl Marx auf dem Rathausurm.“

Am liebsten hätten SPD und Grünen mit der FDP den Haushalt gemacht. Die Neoliberalen konnten für eine Mio. Euro ihre Leuchtturmprojekte durchsetzen. Die Hochbegabtenförderung wurde mit Kürzungen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende gedeckt. Die Kölner FDP liebte schon immer eine symbolträchtige, reaktionäre Politik.

### SPD+Grüne für Jugend und Bildung

Der Köln-Pass spielte bei den eigentlichen Haushaltsberatungen keine Rolle mehr, nachdem die Verwaltung die Mittel bereits in einem Haushalts-Veränderungsnachweis eingestellt hatte. 6,5 Mio. Euro stellt Rot-Grün vor allem bei der Jugend und für mehr Bildung ein. So werden die Bezirksjugendpfleger wieder in allen Stadtbezirken eingesetzt (plus 220.00 Euro) und eine Ju-

gendeinrichtung in einem sozialen Brennpunkt (Buchheim) errichtet. Aber auch der Flüchtlingsrat und der Junkie-Bund erhalten mehr finanzielle Mittel, was für deren Arbeit nicht ganz unwichtig ist. Rot-Grün macht also einerseits gute soziale Projekte, lässt sich aber andererseits gleichzeitig auf die Kienbaum-Kürzungen ein.

### Die Linke.Köln: Initiativen und Erfolge

Im Haushalt sind wichtige soziale, politische und kulturelle Errungenschaften der Fraktion Die Linke.Köln enthalten:

- ❖ der Köln-Pass, nicht nur für ALG II-Bezieher, sondern auch für Arme
- ❖ Lernmittelfreiheit für Kinder aus Haushalten von ALG II-Beziehern
- ❖ eine Infostelle gegen Rechtsextremismus beim NS-Dokumentationszentrum
- ❖ eine Stelle für die Ermittlung von NS-Beutekunst
- ❖ 50.000 Euro für das beschlossene Denkmal für Deserteure.
- ❖ Bereits im vergangenen Jahr hatte die Fraktion eine 6%-ige Ausbildungsquote durchsetzen können. Die insgesamt 264 Ausbildungsplätze ab 2007 sind im Haushalts-Stellenplan enthalten.

Die Fraktion legte auf der Finanzausschusssitzung am 29. Januar ein eigenes Haushaltsforderungspaket von 9,7 Mio.

Euro vor. Der größte Posten ist die Rücknahme der Einsparungen des Kienbaum-Gutachtens mit 7,7 Mio. Euro. Weiter sind 300.000 Euro für soziale Initiativen vorgesehen, ein Projekt für den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, die Abschaffung von 1 Euro-Jobs bei der Stadt und 400.000 Euro für den Ausbau des Köln-Passes.

### Wie geht es weiter?

Bis 2010 muss rechtlich eine Haushaltskonsolidierung erzielt werden. Mit ca. 435,9 Mio. Schulden ist derzeit keine positive Wendung erkennbar. Die großen Vier wollen jetzt an den übrig gebliebenen Kienbaum-Kürzungen festhalten und sie durchsetzen. Stadtkämmerer Soénus ging sogar einen Schritt weiter und erklärte in Radio Köln, abgelehnte Kienbaum-Vorschläge werden erneut aus der Versenkung geholt. Der Gesamtpersonalrat kündigte Widerstand an: „Kurz vor dem Sturm ist kurz nach dem Sturm“ ist da zu lesen.

Die Fraktion Die Linke.Köln unterstützt den Protest und sucht die Zusammenarbeit mit ver.di und dem Gesamtpersonalrat. Köln braucht eine soziale und multikulturelle Stadtverwaltung, um die kommunale Daseinsvorsorge zu verbessern.

Jörg Detjen

## Forensik in Westhoven: Spart Rüttgers die Akzeptanz kaputt?

Vor einigen Jahren entschied die Landesregierung, eine der landesweit fünf für die Unterbringung und Therapie psychisch kranker Straftäter benötigten forensischen Kliniken auf einem ehemaligen belgischen Kasernengelände in Porz-Westhoven zu bauen. Rattenfänger von rechts versuchten damals, Ängste auszunutzen, doch letztlich gelang es den demokratischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Kräften gegen diese Hetze, Akzeptanz für eine menschenwürdige und sichere Unterbringung zu entwickeln.

## In den Bezirksvertretungen

### ■ Innenstadt

#### KVB soll Servicestelle für behinderte Menschen einrichten

In der Sitzung am 27.01.2007 wurde ein Antrag auf Einrichtung eines KVB-Kundenservices für behinderte Menschen eingebracht. Diese Servicestelle soll über aktuelle Informationen verfügen, an welchen Haltestellen Aufzüge bzw. Rolltreppen außer Betrieb sind oder an welchen Bahnsteigen Baumaßnahmen durchgeführt werden und diese für Menschen mit Behinderungen nur schwer bzw. gar nicht erreichbar sind. Die Servicestelle soll in der Lage sein, alternative Fahrrouten vorzuschlagen und ggf. unterstützend tätig zu werden. Außerdem soll sie zeitnah ermitteln können, wann auf welchen Linien Busse mit hydraulischer Absenkung oder Rollstuhlrampen verkehren. Bei der Einrichtung einer solchen ÖPNV-Servicestelle für Menschen mit Behinderungen sollen Vertreter der unterschiedlichen Behindertenorganisation und der Seniorenvertretung einbezogen werden.

Mit diesem Antrag reagieren die Vertreter der BV 1 auf den Vorfall von Pascal B. (wir berichteten im letzten Platzjabbeck). Dieser Rollstuhlfahrer erlebte auf dem abendlichen Heimweg mit der KVB einen wahren Albtraum. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

*Bahri Gülsen*

### ■ Ehrenfeld

#### Gestaltung des Ikea-Geländes zurückgestellt

Angesichts der noch ungeklärten Sachlage beim Bau des geplanten neuen Ikea-Marktes stellte die Bezirksvertretung einen Antrag zur Neugestaltung der Grünflächen auf dem vorgesehenen Gelände zurück.

Bewohnern des Johann-Thebäer-Seniorenheims sollen sich künftig barrierefreier in ihrer Umgebung bewegen können. Die Bezirksvertretung befürwortete Anträge zur Absenkung von Gehwegen und verstärkte Parkverbote.

Um zu vermeiden, dass sich Tiere vor allem an den gelben und den Restmüll-Tonnen zu schaffen machen, wird die AWB aufgefordert, die Behälter mit der Aufforderung „Bitte Deckel schließen. Danke!“ in Deutsch und als Piktogramm zu versehen.

*Helga Humbach*

### ■ Ehrenfeld

#### Verkehrsplanung Venloer Strasse

„Hier muss etwas geschehen!“ Darin waren sich alle Teilnehmer der Anhörung zur Verkehrsplanung für die Venloer Straße einig, zu der Bezirksbürgermeister Josef Wirges eingeladen hatte. Für Verkehrsteilneh-



Foto: ADPC

mer aller Art ist diese Hauptschlagader Ehrenfelds seit langem „eine einzige Katastrophe“, so ein Zuhörer.

Die Grünenfraktion hatte im Sommer die Diskussion angestoßen mit dem Vorschlag, die Venloer Straße zwischen Piusstraße und Ehrenfeldgürtel zur Einbahnstraße zu machen. Es folgte das Grünflächenamt mit der Erklärung, ein Großteil der Bäume müsse aus Sicherheitsgründen gefällt werden. Beim U-Bahnbau vor rund zwanzig Jahren ist offenbar Bauschutt als Auffüllung verwendet worden, der für die Wurzeln undurchdringlich ist.

Jetzt soll ein Verkehrskonzept erarbeitet werden, das die Probleme möglichst optimal löst. Die bisherigen Radwege sollen wegfallen, an ihre Stelle sollen Fahrradschutzstreifen treten, Gehwege und Parkflächen sollen breiter werden.

Die Einbahnstraßenlösung stößt vor allem bei den Geschäftsleuten auf Widerstand. Sie befürchten beträchtliche Einbußen. Außerdem würden dabei die Nachbarstraßen stärker belastet. Voraussichtlich im Februar will die Verwaltung der Bezirksvertretung ihre Vorschläge zur Abstimmung stellen.

*Helga Humbach*

Zeitgleich zum bevorstehenden Baubeginn hat die schwarz-gelbe Landesregierung dies jedoch mit der Ankündigung in Frage gestellt, statt der ursprünglich geplanten 120 Straftäter bei gleicher Baugröße und weniger Personal 150 Personen in Westhoven unterbringen zu wollen. Auf diese Pläne, den Landeshaushalt auf Kosten von Menschenwürde, Therapiequalität und der Beschäftigten zu sanieren, reagierten fast alle Mitglieder des Beirates, insbesondere die VertreterInnen der Kirchen, nicht nur mit scharfer Kritik, sondern mit der Ankündigung, ihre Arbeit ganz einzustellen.

Die Bezirksvertretung hat rechtlich keinen Einfluss auf Bau und Ausstattung der Forensik, die vom Landschaftsverband im Auftrag der Landesregierung betrieben wird. Um einer drohenden Angstkampagne von rechts entgegen zu wirken, muss und wird sich die Linke.Köln in der Bezirksvertretung für menschenwürdige Standards in der Forensik und einen Konsens der demokratischen Parteien einsetzen. Eine aktive zivilgesellschaftliche Begleitung des Baubeginns, die bestehende Ängste abbaut, ist dafür nötig.

*Wolfgang Lindweiler*

# Aus den Ausschüssen:

## ■ Sportausschuss

### Eingesparte Hallenwarte teurer als bezahlte

Menschliche Arbeitskraft ist teuer, aber nicht viel wert – so lautet das neoliberale Credo großer, rationalisierungswütiger Wirtschaftsunternehmen. Arbeitskräfte in Zeiten knapper Kassen einsparen wollte auch die schwarz-grüne Ratsmehrheit, die Mitte 2003 die Hallenwarte der städtischen Sporthallen abschaffte. Doch die Sparfüchse wurden eines Besseren belehrt.

Kleine Reparaturen, die an der Tagesordnung sind, wurden erst spät oder gar nicht durchgeführt. Eine Aufsichtsperson, jemand, der sich verantwortlich fühlte, fehlte. Das nutzten einige pubertierende Schulklassen und Freizeitsportler natürlich gerne aus, um die Hallen ein Stück weiter zu beschädigen, zu beschmieren oder Sachen mitgehen zu lassen. So wurden die städtischen Sporthallen in kurzer Zeit abgewirtschaftet. Das mussten auch die Rotstiftpolitiker von damals einsehen. Im neuen Haushaltsentwurf sind die Personalkosten für Hallenwarte nun wieder eingestellt.

Das Knowhow und die entsprechende langjährige Erfahrung müssen sich die Neuen aber erst langsam wieder aufbauen. Von den 29 Hallenwarten, die 2003 plötzlich „überflüssig“ waren, wurde die Mehrzahl über den stadteigenen Stellenpool in andere, oft komplett andersartige Arbeitsbereiche vermittelt.

*Andrea Kostolnik*

## ■ Sport

### Kölnbäder: unzureichender Rabatt für Köln-Pass

Mit der Begründung, die 10-%ige Ermäßigung für Mobilitätspassinhaber habe keine zusätzlichen Besucher gebracht, plante noch Anfang des Jahres die Geschäftsführung der Kölnbäder es bei eben diesem mickrigen Preisnachlass auch für den neuen Köln-Pass zu belassen. Eine merkliche Senkung der Eintrittspreise käme angeblich dem Unternehmen zu teuer.

Dass die homöopathische Ermäßigung der Grund für ausbleibende zusätzliche Nutzung der Bäder gewesen sein könnte, auf diese Idee ist man - zumindest, was die Jugendlichen angeht - später dann doch noch gekommen.

Inzwischen ist beabsichtigt, Kindern und Jugendlichen aus Familien mit dem Köln-Pass 50% Nachlass zu gewähren.

Erwachsene sollen sich allerdings mit 25% begnügen. Hier muss weiterhin auf die Halbierung der Preise gedrängt werden, wie es in der Absichtserklärung der beteiligten Parteien formuliert war. Zumal vorgese-

hen ist, das erste Jahr zur „Evaluierung“, also Auswertung eventuell geänderter Besucherzahlen zu nutzen. Zahlen, die womöglich ganz anders aussähen, wenn die angestrebte Ermäßigung auch voll gewährt würde.

*Felix Schulte*

## ■ Verkehr

### Neugestaltung Breslauer Platz

Durch den Bau der Nord-Süd-Bahn ist am Breslauer Platz großes Chaos entstanden. Der Platz muss nach Abschluss der Bauarbeiten für die U-Bahn neu gestaltet werden. Dabei müssen die vielfältigen verkehrlichen Anforderungen des Platzes beachtet werden.



Der Breslauer Platz hat eine herausragende verkehrstechnische Bedeutung für Köln, aber auch für das Umland.

Stadtbusse, Umlandbusse, internationale Fernbusse, U-Bahnen, S-Bahnen, Regionalbahnen und Fernzüge werden hier verknüpft. Auch muss der Fußgänger-, der Fahrrad-, der Taxi- und der motorisierte Individualverkehr in die Planungen mit einbezogen werden. Gleichzeitig soll der Platz auch attraktiv gestaltet werden.

Die Linke wird sich in die Diskussion um die Gestaltung einmischen. Folgende Forderungen sind sinnvoll:

- Kreisverkehr statt Ampelanlage an der Kreuzung Goldgasse / Johannisstraße
  - direkte Busauf- bzw. Abfahrt zum Rheinufer
  - möglichst viel Grünfläche
  - möglichst viel Fläche für Fußgänger
  - wenn Parkplätze, dann unter der Erde
  - Kurzzeitparkplätze (kiss and ride zone)
- Fahrradabbindung vom Eigelstein zur Hohenzollernbrücke und zum Rheinufer, hierzu wird eine Rampe benötigt
- Sperrung des Gleisbogens an der Fahrradstation für den motorisierten Individualverkehr
- Neugestaltung dieses Bogens (Licht, Farbe etc.)
- das Musicalzelt muss so schnell wie möglich weg

- Kreisverkehr statt Ampelanlage an der Kreuzung Goldgasse / Johannisstraße
- direkte Busauf- bzw. Abfahrt zum Rheinufer
- möglichst viel Grünfläche
- möglichst viel Fläche für Fußgänger
- wenn Parkplätze, dann unter der Erde
- Kurzzeitparkplätze (kiss and ride zone)

*Michael Weisenstein*

## ■ AVR

### Infostandgenehmigung zu restriktiv gegenüber Politaktivisten

Die Schildergasse ist ein beliebter Platz für alle politisch Aktiven, um dort an Infoständen für die jeweiligen Positionen zu werben und Flugblätter zu verteilen. Das Ordnungsamt erteilt dafür die Genehmigung. Auf dieser steht allerdings, nur das Auslegen, nicht aber das Verteilen von Flugblättern sei erlaubt. So würden nur Interessierte das Ma-

terial mitnehmen, nichts würde weg geworfen, kein zusätzlicher Müll entstünde, so die Argumentation der Verwaltung. Das führt aber immer wieder zu Problemen zwischen der Infostandbesetzung und den Mitarbeitern des Ordnungsamtes, die das Verhalten überprüfen. Zuletzt bei einer Aktion von attac im Herbst letzten Jahres.

Die Linke.Köln fragte daraufhin im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen nach. In der letzten Sitzung musste die Verwaltung einräumen, dass diese Regelung juristisch nicht haltbar ist, wenn es um politische, gemeinnützige oder religiöse Zwecke geht. Hier schützt nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes der Artikel 5 des Grundgesetzes die Freiheit der Meinungsäußerung und -verbreitung.

Daraufhin hat die Fraktion die Verwaltung gebeten, dass Formular entsprechend zu ändern. Wir werden überprüfen, ob das in nächster Zeit passiert und solange nicht locker lassen.

*Jörg Detjen*

## Gute Gründe zu feiern

Ca. 80 Gäste, darunter Unterstützer, Parteimitglieder und Vertreter sozialer Initiativen waren der Einladung der Fraktion Die Linke.Köln zu ihrem Neujahrsempfang gefolgt.

Der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen zog zur Eröffnung eine Bilanz: „Das vergangene Jahr war für unsere Fraktion nicht nur ein sehr spannendes, sondern auch das erfolgreichste Jahr für uns im Kölner Stadtrat, in dem wir seit 1999 vertreten sind. Besonders drei Elemente unserer politischen Arbeit sind gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen von erheblicher Bedeutung: Der Köln-Pass auch für Niedrigverdiener, kostenlose Lernmitteln für Kinder von ALG II-Empfängern und eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsplätze bei der Stadt. Die wechselnden Mehrheiten im Rat haben diese und weitere positive Änderungen möglich gemacht.“

Der Kölner Autor und Korruptionsexperte Werner Rügemer unterhielt mit einer stadthistorischen Lesung. Die Auseinandersetzungen der Kölner des 19. Jahrhunderts mit der preußisch-nationalistischen Bismarcksäule wurden von den Anwesenden mit dem heutigen Gerangel um das Reiterdenkmal am Heumarkt verglichen.



ARBEITER-  
FOTOGRAFIE  
Info:  
www.arbeiterfotografie.com  
Foto: Alex Bersch

Die Feier erbrachte aber auch einen konkreten politischen Nutzen: Mit einer Tombola wurden 250 Euro für die Aktion „Die Bahn erinnern“ gesammelt, die sich kritisch mit der Rolle der Deutschen Bahn während des Nationalsozialismus auseinandersetzt.  
*Andrea Kostolnik*

### Sozialausschuss

## Köln und die Städtekoalition gegen Rassismus

Ende 2005 reichte die damalige PDS-Gruppe im Rat der Stadt Köln zusammen mit dem Vertreter von ggs einen Antrag im Rat ein, in dem die Stadt Köln aufgefordert wurde, der Internationalen Städtekoalition gegen Rassismus beizutreten. Mit den Stimmen der SPD und der Grünen wurde dieser Antrag angenommen. Köln ist seitdem immer noch im Antragsverfahren, seit über einem Jahr.

Im Sozialausschuss wurde nun ein Bericht über das Treffen der Unterzeichnerstädte der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ und der „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ im Dezember 2006 in Berlin

vorgelegt. Zur Zeit des Treffens gehörten 54 Städte (davon 7 deutsche) aus 13 europäischen Staaten dem Netzwerk an.

- ▶ Wesentliche Ergebnisse der Gespräche und Referate sind u.a.:
- ▶ Kern beider Städtenetzwerke ist der Menschenrechtsbezug.
- ▶ Dabei ist zu überlegen, ob die Städte nicht eine zentrale Anlaufstelle für die Beschwerden aufgrund aller Diskriminierungsmerkmale einrichten sollen.
- ▶ Von allen Teilnehmern wird eine enge Zusammenarbeit beider Netzwerke und unter Umständen auch eine Zusammenführung gewünscht.
- ▶ Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss mit Leben gefüllt werden.
- ▶ Der Vorteil des Beitritts der Städte zu beiden Netzwerken muss der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden.

Für Mai 2007 wird die Verabschiedung eines

Statuts erwartet, in dessen Rahmen eine Jahreskonferenz der Städtekoalition in Nürnberg geplant ist. Diesen Zeitpunkt sollte Köln spätestens für den Beitritt anvisieren. Da eine Vereinigung beider Netzwerke so gut wie sicher gilt, wird der Beitritt der Stadt Köln zur Internationalen Städtekoalition gegen Rassismus beide Netzwerke einschließen.

Beschämend an der Vorlage zu diesem Thema im Sozialausschuss ist, dass die Verwaltung am Schluss des Berichtes sozusagen um den Erhalt von Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit betteln muss: „Hilfreich wäre der Erhalt öffentlicher Mittel für gezielte Öffentlichkeitsarbeit.“ Wir halten finanzielle Mittel nicht nur für hilfreich, sondern notwendig, wenn die Stadt Köln ihren Beitritt zum Netzwerk mit Leben füllen und öffentlich für die Anliegen des Netzwerkes werben will.

*Michael Kellner*

## Gemeinsamer Unterricht – die Gemeinsamkeit bröckelt

Am 29. Januar fand in der Gesamtschule Holweide ein „öffentliches Fachgespräch“ zum Thema Gemeinsamer Unterricht und Kompetenzzentren statt. Als Fachleute waren u. a. Frau Kastner (CDU), MdL NRW und die Vorsitzenden verschiedener mit diesem Thema befassten Institutionen eingeladen. Von der FDP war kein Vertreter erschienen.

In der Kritik – oder der Verteidigung durch Frau Kastner – stand vor allem der Antrag von CDU und FDP im Landtag NRW „Sonderpädagogische Förderung – ein Gesamtkonzept, das trägt“ vom 19.09.2006, der zur Zeit beraten wird. Es ging um die Zukunft des Gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen in der Regelschule.

Während in vielen europäischen Ländern die Förderschulen zunehmend abgebaut und die Kinder in Regelschulen integriert werden, hält (nicht nur!) das Land NRW eisern am vierten Glied des „Dreigliedrigen Schulsystems“ fest. Wohl deshalb wurden die Bedingungen für den GU zunehmend verschlechtert. Der letzte Coup traf die GU-Schulen – in Köln sind es 20 Grundschulen und

2 Gesamtschulen – hart: Ab dem Schuljahr 2006/2007 wurde die sonderpädagogische Förderung an GU-Schulen gestrichen. Infam ist, dass genau diese Verschlechterung der Bedingungen nun vom Land als Argument benutzt wird, um die Qualität des Gemeinsamen Unterrichts anzuzweifeln und die Frage zu stellen, „ob der GU in seiner jetzigen Form immer die Voraussetzung für eine optimale Förderung der Kinder bietet“. Der Antrag endet mit dem Satz: „Die Unterrichtung und Förderung in den allgemeinen Schulen setzt die notwendigen personellen und sächlichen Ressourcen voraus.“ Der Zweifel der anwesenden GU-Lehrerinnen und Lehrer, ob die „notwendigen Ressourcen“ denn auch bereitgestellt werden, scheint durchaus berechtigt. Der Antrag schreibt deshalb schon einmal fest, dass die vom Schulgesetz geschaffene Möglichkeit zur Einrichtung von Kompetenzzentren nur von Förderschulen wahrgenommen werden kann.

Am Schluss der Versammlung äußerte einer der anwesenden GU-Lehrer seine Zweifel an der Kompetenz eines solchen Zentrums: „Die Kompetenz für den GU sitzt hier!“ Gemeint waren damit alle diejenigen, die als Förder- oder Regelschullehrerinnen und -lehrer den gemeinsamen Unterricht gestalten.

*Michael Kellner*

# Seit 1.1.2007 ist es soweit: Leistungen für Köln-Pass Inhaber

## Bisher bekannte Vergünstigungen:

Stadtbücherei	51%	11,50 EUR statt 23,50 EUR
1. FC Köln	50%	9,50 EUR statt 19,00 EUR (Kategorie VIII nur im Vorverkauf auf 500 Stk. pro Heimspiel begrenzt)
Kölner Haie	20%	auf alle Karten
Kölner Zoo	50%	6,00 EUR (3,00/Kind) statt 12,00 EUR (6,00/Kind) Tageskarte 30,00 EUR statt 60,00 EUR Jahreskarte
Schokomuseum	42%	3,50 EUR statt 6,00 EUR
Puppenspiele der Stadt Köln	50%	auf alle Karten
Rhein. Musikschule	50%	auf Unterrichts- und Instrumentengebühr
KVB	44%	4,40 EUR statt 7,80 EUR für die 4er Karte
	64%	25,00 EUR statt 70,30 EUR für Monatskarte
Oper, Schauspiel		
Städt. Bühnen	50%	bei bühneneigenen Aufführungen
Köln-Musik	25%	bei Köln-Musik-Veranstaltungen

Kliniken d. S.Köln	50%	auf Fernsehnutzungsgebühren
Volkshochschule	45%	auf alle Kurse
Olympia Museum	50%	für Erwachsene
	0%	für Kinder
Museum Ludwig	27%	5,50 EUR statt 7,50 EUR
WRM	37%	5,- EUR statt 8,- EUR
Museum für Angewandte Kunst	38%	2,60 EUR statt 4,20 EUR
Römisch-Germanisches Museum	40%	3,- EUR statt 5,-EUR
Museum für O.asiatische Kunst	38%	2,60 EUR statt 4,20 EUR
Museum Schnütgen	41%	1,90 EUR statt 3,20 EUR
Kölnisches Stadtmuseum	38%	2,60 EUR statt 4,20 EUR
Rautenstrauch-Joest Museum	25%	3,- EUR statt 4,- EUR

## Köln-Pass: Zu geringe Nachfrage - viele Fragen

Viele Fragen zum Thema Köln-Pass hat zur Zeit die Fraktion Die Linke.Köln. Es ist richtig: der Köln-Pass steht. Pünktlich zum neuen Jahr 2007 hat die Verwaltung alles Notwendige bereitgestellt, um den von der „Kölschen Volksfront“ im Rat beschlossenen Antrag umzusetzen. Ein Ansturm von rund 180 000 Anspruchsberechtigten auf die Ausgabestellen wurde erwartet. Aber „der erwartete Ansturm auf den Köln-Pass ist bislang ausgeblieben“, stellt der Kölner Stadt-Anzeiger in einem Artikel vom 26.1.2007 nüchtern fest.

Die Fraktion Die Linke.Köln stellte deshalb sowohl im Sozialausschuss am 18.1.07 als auch für die Ratssitzung am 6. Februar eine Anfrage, um eine Antwort auf die mangelnde Nachfrage zu erhalten. Die Stellungnahme der Verwaltung im Sozialausschuss: Presseerklärung, Internetseite, Informationsblätter, Anträge und Service-Telefonnummer - alles liegt vor. Die Antragsunterlagen liegen bereits seit November 2006 „an allen Außenstellen des Amtes für Soziales und Senioren, im Kalk-Karree und im ehemaligen Bezirksrathaus Kalk, an allen Standorten der ArGe Köln sowie den Bürgerzentren und -häusern aus.“ Und „seit dem 01.01.2007 sind die Tickets über alle stationären Ticketautomaten, bei den Vertriebsstellen und den KundenCentern der KVB erhältlich“. Auch wenn die Fraktion der Antwort der Verwaltung Glauben schenkt - die Fragen bleiben. The answer, my friend, is blowin' in the wind...

Eine Frage zum Schluss: wie wär's mit einer Übersetzung der Informationsseite des Antrages auf Türkisch? Und auf Russisch?

Michael Kellner

**Auch Sie können den Köln-Pass beantragen,**  
wenn sie eine der folgenden Leistungen beziehen,  
 → ALG II oder Sozialgeld  
 → Wohngeld oder Kinderzuschlag  
 → Hilfe zum Lebensunterhalt  
 → Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe  
 → Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz  
 → oder ein niedriges monatliches Einkommen  
 bekommen, das max. 10% über den Bedarfsätzen von SGB II bzw. SGB XII liegt bzw. in einem Heim leben und nur einen Barbetrag erhalten.

Den Antrag finden Sie im Internet unter:  
<http://www.stadt-koeln.de/bol/soziales/>  
 Und auf unserer Internetseite:  
[www.die-linke-koeln.de](http://www.die-linke-koeln.de)

**2000 schafften CDU+FDP den Köln-Pass ab ...  
 2007 gibt's ihn wieder!**

**www.die-linke-koeln.de**

DIE LINKE.PDS / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB  
**DIE LINKE.KÖLN**  
 FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Mit dieser Postkarte möchte Die Linke.Köln ihren Beitrag dazu leisten, den Köln-Pass bekannter zu machen. Jeder und jede, die einen Menschen kennt, der Köln-Pass berechtigt ist, kann ihm/ihr diese Postkarte schicken. Auf der Rückseite steht, wer alles einen Köln-Pass erhalten kann. Die Postkarten gibt es kostenlos im Fraktionsbüro.

# Ausländeramt: Schärfer als der Erlass erlaubt

## Kölner Flüchtlingsrat übt massive Kritik an der Umsetzung der Bleiberechtsregelung in der Stadt Köln

Die von der Innenministerkonferenz (IMK) am 17.11.2006 beschlossene Bleiberechtsregelung für ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige, die faktisch wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind, wurde am 11.12.2006 vom Innenministerium NRW per Erlass umgesetzt. Sowohl der IMK-Beschluss als auch der Erlass des Landes wird – zu Recht – heftig kritisiert: denn nur wenige Flüchtlinge können die Voraussetzungen erfüllen und ein Bleiberecht erhalten.

In der Resolution des Kölner Stadtrates vom 14.12.2006 zu „Bleiberechten für geduldete Menschen in Köln“ wird die Verwaltung u. a. aufgefordert, „alle Möglichkeiten zu nutzen, um den langjährig Geduldeten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern“ und „die Regelungen der Innenministerkonferenz im Sinne der Betroffenen auszulegen.“

Als Kölner Flüchtlingsrat müssen wir jedoch erkennen, dass die Umsetzung der Bleiberechtsregelung durch die Kölner Stadtverwaltung über die bereits restriktiven Anforderungen des NRW-Erlasses in vielen Punkten hinausgeht. Die Verwaltung nimmt auch ganz offensichtlich die Ratsresolution nicht ernst und verstößt insbesondere gegen die beiden zitierten Kernaussagen.

Völlig unangemessen und aus unserer

Sicht z. T. rechtswidrig ist vor allem die sog. Integrationsvereinbarung, die – obwohl der NRW-Erlass eine solche gar nicht vorsieht – die Ausländerbehörde mit jeder / jedem Begünstigten abschließen will.

Sie sieht z. B. vor, dass bereits zwei- oder dreimaliges unentschuldigtes Fehlen von Kindern in – städtischen – Kindergärten zu Lasten des möglichen Bleibeberechtigten geht. Der NRW-Erlass sieht dagegen nur den regelmäßigen Besuch der Kinder in Kindergärten bzw. Schulen vor. Eine entsprechende „Fehlzeitenregelung“ sieht die Vereinbarung auch hinsichtlich des Schulbesuchs der Kinder vor. Die Kölner Regelung ist hier völlig unverhältnismäßig.

Nach der Integrationsvereinbarung ist die Stadt Köln bereits bei Anklage wegen einer Straftat zur Kündigung der Integrationsvereinbarung berechtigt. Ausschlussgründe der Bleiberechtsregelung nach dem NRW-Erlass sind dagegen Verurteilungen ab eines bestimmten Strafmaßes, nicht bloße Anklageerhebungen.

Grundsätzlich führen nach der Integrationsvereinbarung alle Verstöße gegen die Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes, der Integrationsvereinbarung und des IMK-Beschlusses zum Erlöschen der Aufenthaltserlaubnis bzw. der Duldung.

Ein derartiges Erlöschen ist aber im IMK-Beschluss gar nicht vorgesehen und

der NRW-Erlass sieht dagegen vor, dass Verurteilungen bis zu 90 Tagessätzen wegen Verstößen gegen das Ausländerrecht unschädlich sind.

Das Kölner Ausländeramt zeigt sich bei der Integrationsvereinbarung vor allem als Ordnungsbehörde. Handlungsspielräume werden in weiten Teilen nicht für, sondern gegen die Betroffenen ausgenutzt. Das ist nicht Sinn und Zweck der Bleiberechtsregelung und entspricht auch nicht der Stadtratsresolution vom 14.12.2006.

Die Ausländerbehörde hat darüber hinaus einen Sprachtest entwickelt, der aus mehreren inhaltlichen Teilen besteht, als Einzelinterview durchgeführt und nach einem detaillierten Punktesystem bewertet wird. Gepunktet werden hierbei Ausdrucksfähigkeit, formale Richtigkeit sowie Aussprache und Intonation.

Der Flüchtlingsrat kritisiert hierbei insbesondere den enormen bürokratischen Aufwand für die Durchführung des Tests und verweist stattdessen auf den NRW-Erlass, in dem es u. a. heißt: „Diese Sprachkenntnisse gelten in der Regel als nachgewiesen, wenn der Ausländer bereits in der Vergangenheit einfache Gespräche bei der Ausländerbehörde ohne Zuhilfenahme eines Dolmetschers führen konnte oder mehrere Jahre eine deutsche Schule besucht oder eine Berufsausbildung im Bundesgebiet abgeschlossen hat oder bereits entsprechend aussagekräftige Bescheinigungen, z. B. einer Volkshochschule o. ä., vorliegen.“ Ein aufwendiger Sprachtest ist im Regelfall also völlig unnötig und sollte – wenn überhaupt – nur in begründeten Ausnahmefällen durchgeführt werden.

Der Flüchtlingsrat fordert auch mehr Initiativen der Stadt, Flüchtlinge mit „Duldung“ in Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. In Köln sollen rd. 2.100 „geduldete“ Flüchtlinge die Voraussetzung der Aufenthaltsdauer von 6 bzw. 8 Jahren erfüllen. Viele sind vollständig integriert, aber ohne Arbeit. Nach Auffassung des Flüchtlingsrates muss hier die Stadt ansetzen und gezielt qualifizierende Maßnahmen zur beruflichen Integration für diese Menschen anbieten, um in Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnisse zu vermitteln. Solche Maßnahmen wären kostenneutral, da das Land NRW Zuschüsse für potentiell Bleibeberechtigte an die Kommunen gewährt.

Die Zeit drängt, da die Betroffenen bis Ende September die vollständige Sicherung des Lebensunterhaltes nachweisen müssen.



Eines der Siegerplakate des Plakatwettbewerbs von „kein mensch ist illegal“ in Zusammenarbeit mit der Kölner Fachhochschule.

Claus-Ulrich Pröbß  
Kölner Flüchtlingsrat

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## „nation24“ nicht rechtsextrem? NRW-Verfassungsschutz unterliegt vor Gericht gegen Herausgeber Manfred Rouhs – Revision angekündigt

„Pro Köln“ darf nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 21. Oktober 2005 als rechtsextremistisch bezeichnet werden (Az.: 1 K 3189/03) – nicht aber die Zeitschrift „nation24.de“, die von Manfred Rouhs, früherer NPD-, „Republikaner“- und Deutsche Liga für Volk und Heimat-Funktionär, heute Schatzmeister der Gruppierung „Pro Köln“ und deren Fraktionsgeschäftsführer im Kölner Rat herausgegeben wird. Das entschied jetzt das Verwaltungsgericht Düsseldorf auf Grundlage der mündlichen Verhandlung, die bereits am 21. November 2006 stattgefunden hatte.

Laut Urteil, das jetzt den Beteiligten zugestellt wurde und dass die Ratsfraktion von „Pro Köln“ sofort als großen Erfolg auf ihrer Website kommentierte, dürfen die NRW-Verfassungsschutzberichte der Jahre 2003 und 2004 nur noch verbreitet werden, wenn entsprechende Stellen zu „nation24“ geschwärzt werden. Im nächsten Bericht muss außerdem eine Richtigstellung erfolgen. (Az.: 22 K 3124/04) Das Innenministerium kündigte an, beim Oberverwaltungsgericht Münster eine Zulassung zur Berufung zu beantragen. „Durch die Entscheidung wird unsere Öffentlichkeitsarbeit erheblich beeinträchtigt“, wird Verfassungsschutzpräsident Hartwig Möller in der taz vom 10. Januar 2007 zitiert.

Rouhs, vertreten durch RA Beisicht u.a., hatte geltend gemacht, die Erwähnung von „nation24“ im Verfassungsschutzbericht verletze ihn als Verleger in seinen Grundrechten, in seiner Pressefreiheit, seiner Meinungsfreiheit, seiner Berufsfreiheit und seinem Persönlichkeitsrecht. „nation24“ sei ein neues Zeitschriftenprojekt, dass mit der vorher herausgegebenen Zeitschrift „Signal“ nichts zu tun habe. Den weiter gehenden Antrag ans Gericht, festzustellen, dass das Innenministerium nicht befugt sei, in Verfassungsschutzberichten

über „nation24“ zu berichten, solange es nicht eine rechtsextremistische Zielsetzung der Zeitschrift nachweise, zog Rouhs allerdings in der mündlichen Verhandlung zurück.

Das Land NRW hatte in seiner Klageerwiderung die Auffassung vertreten und begründet, die Zeitschrift „nation24“ stelle sich, wie schon seine Vorgänger „Europa Vorn“ und „Signal“ als Strategie- und Ideologieorgan der Neuen Rechten dar und biete als solches ein Forum für Diskussionen im rechtsextremistischen Lager.

Ob das so wäre, sei mal dahingestellt, meinte das Gericht und bezieht sich in seiner Urteilsbegründung im Wesentlichen nur auf den Punkt, ob „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht (bestehen), dass es sich bei der Herausgabe der Zeitschrift nation24.de um eine Bestrebung handelt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist.“ Die

vom Verfassungsschutz angeführten diversen inhaltlichen Belege für rechtsextreme Tendenzen des Blattes bewertete das Gericht als Meinungsäußerungen, die nicht „mit hinreichender Deutlichkeit ein(en) Aufruf des Autors zur Beseitigung der demokratischen Ordnung und etwa zur Errichtung einer Diktatur“ darstellten.

In offensichtlicher Unkenntnis darüber, in welcher Diktion extrem rechte Positionen heutzutage transportiert werden, und nahezu wohlwollend wird ausgeführt: „Eine ‚Politik der nationalen Erneuerung‘ kann auch auf der Grundlage der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung betrieben werden und ‚eine breite Volksbewegung gegen den Multi-Kulturalismus‘ kann in demokratischen Formen entstehen.“ „Die Forderungen nach einer ‚Normalisierung des Verhältnisses der Deutschen zu ihrer Vergangenheit‘, einem ‚konstruktiven Umgang mit dem eigenen Land‘, einem ‚gesunden Patriotismus‘ und einem ‚neuen nationalen Bewusstsein‘ sind so allgemein gehalten, dass sie nicht notwendig als Verharmlosung des NS-Regimes ... verstanden werden müssen.“

Na dann ist ja alles in Ordnung.

U.B.



**Die Fraktion Die Linke.Köln beteiligte sich wieder am 27. Januar an der Holocaust-Gedenkveranstaltung in der Antoniterkirche. Anschließend führte der Mahngang zum Bahnhofsvorplatz. Hier war ein alter Güterwagen von der Initiative „Die Bahn erinnern“ aufgebaut worden. Bürgermeisterin Scho-Antwerpes appellierte an die Teilnehmer, nie mehr Ausgrenzung und Diskriminierung zuzulassen. Foto G. Humbach**